

**Bericht des Oberbürgermeisters
gemäß § 45 der Geschäftsordnung
des Rates und der Bezirksvertretungen**

**- Jahresbericht -
Stand: 31.12.2011**

24.08.1993	1140/093	Programm für benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene ohne berufliche Perspektiven	<u>Kompetenzagenturen</u> In Köln arbeiten drei Kompetenzagenturen in den Stadtbezirken Porz/ einschließlich Finkenbergr (Internationaler Bund), Rodenkirchen/ einschließlich Meschenich (Jugendhilfe Köln e.V.) und der Innenstadt/ teilweise Nippes (IN VIA). Das Angebot der Kompetenzagenturen richtet sich an Jugendliche im Übergang Schule-Beruf, deren nachhaltige berufliche und soziale Integration gefährdet ist. Ein wesentlicher Aspekt der Angebote ist die Verortung und die Vernetzung im Sozialraum. Die Kompetenzagenturen leisten intensive Einzelfallbetreuung, um dem hohen Förderbedarf der Jugendlichen gerecht zu werden sowie Beziehungs- und Motivationsarbeit zur psychosozialen Stabilisierung. Die Jugendlichen bekommen durch individuelles Case –Management die Möglichkeit, wieder an die Strukturen des Bildungs- und Erwerbslebens anzuknüpfen. Zudem erfüllen die Kompetenzagenturen eine Lotsenfunktion. Sie vermitteln zwischen den Erfordernissen der Jugendlichen und den zur Verfügung stehenden Vermittlungsangeboten bis hin in die Vermittlung in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Trotz der generellen finanziellen Einschränkungen durch das Bundesministerium erhielten alle drei Kölner Träger eine Aufforderung zur Antragstellung - unter der Voraussetzung, dass eine Kofinanzierung nachgewiesen werden konnte. Die Finanzierung ab 01.01.2012 setzt sich zusammen von bis zu 45% Anteil ESF- Mittel – der Rest sollte im Sinne einer angestrebten Verstärkung vorrangig aus kommunalen Mitteln und ggf. Landesmitteln erfolgen. Die Kofinanzierung aus kommunalen Mitteln wurde insoweit auch zunächst bis zum 31.12.2013 befristet. Der Rat beschloss am 14.07.11, die Weiterführung der drei Kölner Kompetenzagenturen befristet bis zum 31.12.2013 durch die Bereitstellung einer kommunalen Teilfinanzierung sicherzustellen. Der kommunale Finanzierungsanteil beträgt insgesamt 165.000 Euro p.a. (Zeitraum 2012/13) hiervon entfallen auf den IB 40.000 Euro; In Via 60.000 Euro; Jugendhilfe Köln 65.000 Euro. <u>Komm auf Tour</u> Wie in den vergangenen Jahren, wurde das Projekt durch die Bundesagentur für Arbeit mit finanzieller Unterstützung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Regionaldirektion NRW und dem Amt für Kinder, Jugend und Familie der Stadt Köln gefördert. Gleichfalls wurde „Komm auf Tour“ durch die Kölner Ausbildungsakteure und das Übergangsmanagement Schule/Beruf in Köln positiv eingeschätzt.
------------	----------	---	--

Die Durchführung im Rahmen eines Parcours zur Berufswahlorientierung erfolgte erneut in Chorweiler in der Zeit vom 11.10 – 13.10 2011 Teilgenommen haben insgesamt 727 Beteiligte.

Das Projekt setzt einen öffentlichkeitswirksamen Impuls für eine frühzeitige Berufswahlorientierung und die regionale Beratungsarbeit. Es unterstützt die Lehrerinnen und Lehrer, die Themen im Unterricht zu behandeln, motiviert die Schülerinnen und Schüler sich handlungsorientiert mit Zukunftsvorstellungen auseinanderzusetzen und bindet auch die Eltern ein.

Der Rat der Stadt Köln hat in der Sitzung vom 14.12. 2011 beschlossen, das Projekt „Joblinge gAG Köln“ befristet bis zum 31.12.2013 durch die Bereitstellung einer kommunalen Teilfinanzierung (16,66 %) zu unterstützen. Die restliche Finanzierung erfolgt durch das JobCenter (33,33 %). Die Wirtschaft trägt 50% der Gesamtkosten. Das Projekt wird im Januar 2012 starten.

Ziel des Vorhabens „Joblinge gAG Köln“ ist es, Jugendliche ohne Ausbildungs- und Arbeitsplatz einen nachhaltigen Anschluss an den Ausbildungs-, bzw. Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Hauptzielgruppe sind Jugendliche und junge Erwachsene, die trotz Hilfestellungen und Maßnahmedurchläufe im Übergangssystem bislang keinen adäquaten Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz gefunden haben. Diese jungen Menschen erhalten eine qualifizierte sechsmonatige Orientierungs-, Praxis- und zusätzliche betriebliche Anschlussbegleitung. Davon entfallen 4,5 Monate auf Praktika in „Joblinge-Partner – Unternehmen“, die intensiv begleitet werden.

Das Konzept sieht neben einer pädagogischen Fachkräftebetreuung eine 1:1-Begleitung durch ehrenamtliche Mentoren vor, die ihrerseits geschult und professionell durch Training und Supervision unterstützt werden. Avisiert wird eine Vermittlungsquote von mindestens 60% und 95% Nachhaltigkeit nach 6 Monaten in Ausbildung.

Mit Ratsbeschluss vom 27.03.2007 umgesetzt und somit erledigt.

Zwischenzeitlich wurde die öffentliche Skateranlage am Rheinauhafen fertiggestellt. Die Anlage wurde am 23.07.2011 eröffnet und erfreut sich seither großer Beliebtheit. Der Beschluss ist damit erledigt.

Ergänzung zum Sachstandsbericht 30.06.2010:

Das Jugendprojekt Ossendorf Park wird mittlerweile als Jugendeinrichtung mit einer hauptamtlichen Fachkraft geführt

Modellprojekt „Patenschaften für arbeitslose Jugendliche“

1003/002 +
1105/002 +
1108/002

09.07.2002

Prüfung über die Einrichtung eines
Notfallkindergartens/Qualität
Kindertagesstätten

1384/006 +
1456/006

26.09.2006

Öffentlicher Skaterpark

1406/006 +
1465/006

26.09.2006

Jugendeinrichtungen und -
angebote

A/0106/007 +
A/0205/007

08.05.2007

04.12.2007	AN/1498/2007	Attraktivierung sowie Einrichtung von Spiel- und Freizeitflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum	Die Spielplatzbedarfsanalyse wurde erstellt. Auf deren Grundlage wird ein Sofortmaßnahmenpaket erarbeitet mit dem Ziel innerhalb der nächsten beiden Jahre 100 Maßnahmen mit hoher Priorität umzusetzen, die schon länger vorgesehen sind. Außerdem soll die Sanierung von schadstoffbelasteten Spielflächen, der Ersatz von Spielgeräten und Baumaßnahmen über Spendenmittel, Bürgerhaushalt, Fördermittel sowie bezirksorientierte Maßnahmen beschleunigt werden. Zur Umsetzung müssen die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung stehen. s. AN/1498/2007 Die Spielplatzbedarfsanalyse wurde erstellt. Eine Zielsetzung ist die Schaffung kinderfreundlicher Rahmenbedingungen mit der Einrichtung und dem Erhalt attraktiver Spiel- und Bolzplätze im Hinblick auf die Attraktivität einer Stadt als Wohn- und Lebensort mit hoher Qualität für Familien. Der Kölner Jugending e.V. hat in seiner Geschäftsstelle ein Referat „Partizipation“ eingerichtet. Der zuständige Mitarbeiter beschäftigt sich intensiv mit dem Thema der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Zu den Aufgaben des Partizipationsreferates gehört es, Jugendliche über Wahlen und deren Bedeutung aufzuklären. So wurden Jugendliche in dem Projekt „Dein Köln. Deine Wahl.“ z.B. im Rahmen einer Postkartenaktion informiert. Außerdem werden die Jugendlichen, auch wenn sie selbst noch nicht wahlberechtigt sind, über die Relevanz von Landtagswahlen z.B. hinsichtlich der Bildungspolitik informiert. Auch im Zusammenhang mit der Befragung der Kölner Bürgerinnen und Bürger zum Thema Godorfer Hafen, hat der Kölner Jugending zahlreiche Informationsmöglichkeiten zum Beispiel über Homepage und Flyer geschaffen. Am 02. Oktober 2010 führte der Kölner Jugending e.V. eine Jugendvollversammlung durch. Hier trafen Jugendliche ab 14 Jahren aus den verschiedenen Mitgliedsorganisationen des Kölner Jugendrings aufeinander und setzten sich einen Tag mit unterschiedlichen Themen ihres Interesses auseinander und wurden so an Möglichkeiten der Partizipation herangeführt. Die Veranstaltung wurde jugendgerecht gestaltet, die Vorbereitung in den Jugendgruppenstunden der Mitgliedsorganisationen durch den Kölner Jugending e.V. unterstützt. Im Vorfeld wurde für und mit den Jugendlichen eine Übersicht darüber erstellt, welche Partizipationsmöglichkeiten es in Köln bereits für Kinder und Jugendliche gibt. Die Schirmherrschaft für diese Veranstaltung hatte Herr Oberbürgermeister Roters, der auch für Diskussionen und Gespräche mit den Jugendlichen zur Verfügung stand. In 2011 wurden die Ergebnisse der Vollversammlung aufbereitet und in einem Leporello dargestellt. Im Jahr 2011 hat der Kölner Jugending eine umfangreiche Stellungnahme zum
22.01.2008	AN/1390/2007	Familienatlas 2007- Verbesserung der Familienfreundlichkeit	
22.01.2008	AN/1607/2007	Politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen	

Bürgerhaushalt eingebracht und damit die Position der Kölner Jugendlichen vertreten. Außerdem wurden vier eigene Vorschläge mit den Themen Verbesserung des Bürgerhaushaltes, Finanzsicherheit in der Jugendarbeit, Freizeit und Freiräume sowie Kinder- und Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe eingebracht.

Auch in 2011 fand wieder der Fachkräfteaustausch mit Israel statt. Leitfragen waren hierbei: Wie wird Beteiligung und Teilhabe gestaltet? Welche Formen und Methoden wurden erprobt? Welche Projekte umgesetzt?

Die Maßnahme wurde am 16.11.2010 im JHA beschlossen und befindet sich zurzeit in der Umsetzung. Die Fertigstellung der Anlage mit vielfältigen Spiel- und Freizeitmöglichkeiten ist in der ersten Jahreshälfte 2012 geplant.

In 2011 wurden im Rahmen der Hausaufgabengruppen für benachteiligte Kinder und Jugendliche insgesamt 43 große Gruppen (11-15 Kinder) und 11 kleine Gruppen (7-10 Kinder) mit einem Mitteleinsatz von € 411.224 gefördert.

s. AN/1493/2007

Die Spielplatzbedarfsanalyse wurde erstellt. Auf deren Grundlage wird ein Sofortmaßnahmenpaket erarbeitet mit dem Ziel innerhalb der nächsten beiden Jahre 100 Maßnahmen mit hoher Priorität umzusetzen, die schon länger vorgesehen sind.

Außerdem soll die Sanierung von schadstoffbelasteten Spielflächen, der Ersatz von Spielgeräten und Baumaßnahmen über Spendenmittel, Bürgerhaushalt, Fördermittel sowie bezirksorientierte Maßnahmen beschleunigt werden. Zur Umsetzung müssen die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung stehen

Die mit Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 30.06.2009 zugesetzten 25,33

Stellen Schulsozialarbeit für 29 Schulen sind seit dem 01.01.2010 alle mit

sozialpädagogischen Fachkräften besetzt. Darüber wurden der JHA und ASW in ihren Septembersitzungen 2010 informiert. Damit endete die Berichterstattung zu diesem Ratsbeschluss.

Das Konzept „OGTS spezial“ wurde in die Sitzung des JHA am 06.07.2010

eingebracht und in der Sitzung am 07.12.2010 beraten. Der Auftrag des JHA ist somit erfüllt

Geänderter Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung darzustellen, welche bedarfsgerechten Förderungen entwicklungsgefährdeter Vorschulkinder und Schulkinder es stadtwweit gibt. Hierbei sind die Rechtssituation, die Kostensituation, die Fallzahlen, die Zuständigkeiten und die Therapieformen darzustellen. Zudem wird die Verwaltung zur Abgabe einer Bewertung hinsichtlich des

22.01.2008	AN/1661/2007	Konzept für einen „Familien im Bereich der Zoobrücke in Köln-Mülheim
20.05.2008	AN/0867/2008	Angebote zur schulischen Begleitung von Jugendlichen ab 15 Jahren
17.06.2008	AN/1118/2008	Mehr Spiel- und Freizeitflächen für Kinder und Jugendliche
17.03.2009	AN/0562/2009	Erweiterung der Schulsozialarbeit ab dem Schuljahr 2009/2010
26.01.2010	AN/0211/2010	Modellvorhaben zur Entwicklung und Implementierung eines Angebotes "OGTS-spezial" für Grundschulkinder mit besonderen Förderbedarf
27.04.2010	AN/0618/2010	Förderung entwicklungsgefährdeter Vorschulkinder und Schulkinder mit Teilleistungsstörungen

Handlungsbedarfes aufgefordert.

07.12.2010	AN/2201/2010	Hearing zur Weiterentwicklung eines Konzeptes für Kinder- und Jugendpartizipation in Köln Förderung von Schulkindern mit Teilleistungsstörungen	Die Kinder- und Jugendverwaltung arbeitet zurzeit das Programm für das Hearing aus.
25.01.2011	AN/2387/2010		Die Verwaltung wird gebeten, die finanzielle Förderung für möglichst viele Schulkinder mit Teilleistungsstörungen fortzusetzen. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt zu diesem Zweck die zuständige Fachverwaltung (Jugendamt) mit der Erarbeitung eines entsprechenden Förderkonzeptes sowie dessen Vorlage im Fachausschuss. Zur Finanzierung sollen die bisher im Sozialetat vorgehaltenen städtischen Mittel in den Jugendetat übertragen werden. Bei der finanziellen Unterstützung ist darauf zu achten, dass eine mögliche Doppelförderung der Betroffenen ausgeschlossen ist. Begründung: Aufgrund der derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen haben entwicklungsgestörte Schulkinder nach dem SGB XII keinen Anspruch auf Maßnahmen der Frühförderung. Momentan werden ca. 450 schulpflichtige Kinder in Köln mit Teilleistungsstörungen im Therapiezentrum in Köln-Müngersdorf und in weiteren dem Zentrum angeschlossenen Einrichtungen im übrigen Stadtgebiet behandelt. Diesen Kindern kann in Köln kein vergleichbares Angebot vorgehalten werden. Es handelt sich um ein unverzichtbares Angebot, das es zu erhalten gilt, zumal dieses Angebot auch vermehrt von Kindern angenommen wird, die aus benachteiligten Familien kommen. Zudem ist es das einzige linksrheinische Förderzentrum in Köln, das auch Teilleistungsstörungen von Kindern im Schulalter interdisziplinär therapiert. Der Jugendhilfeausschuss hat am 22.2.2011 die Verwaltung beauftragt, bis spätestens zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Mai 2011 den Handlungsbedarf hinsichtlich der Schaffung von Kinder- und Jugendeinrichtungen für das gesamte Stadtgebiet darzustellen und hinsichtlich der Dringlichkeit mit einem Ranking zu hinterlegen. Das Ergebnis der Überprüfung des Handlungsbedarfs hinsichtlich der Schaffung von Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wurde zur Sitzung am 05.07.2011 vorgelegt. (1997/2011). Der Antrag ist damit erledigt. Kein neuer Sachstand zum Thema Bildungslandschaft. Mit Beschluss vom 22.02.2011 beauftragte der Jugendhilfeausschuss die Verwaltung mit der Bereitstellung von Räumlichkeiten für attraktive, bedarfsgerechte Jugendangebote im Zentrum der Bildungslandschaft (AN/0223/2011). Die weitere Berichterstattung erfolgt unter dieser Nummer.
22.02.2011	Ohne Nr.	Jugendhilfeplanung –Schaffung von Kinder- und Jugendeinrichtungen für Köln	
22.02.2011	AN/0223/2011	Weiterentwicklung der Bildungslandschaft Finkenbergr	

Die Gebäude, in denen sich die Jugendeinrichtung „Arche Nova“ (Träger: Haus der offenen Tür Porz e.V.) befindet, sind vor einigen Jahren versteigert worden. Der neue Eigentümer, die Köln- Porz- Liegenschaften, plant eine umfassende Sanierung und ist sehr daran interessiert, dass die Jugendeinrichtung in dem Gebäude verbleibt. Die Verwaltung prüft derzeit aber andere Möglichkeiten, um die Jugendarbeit im Stadtteil fortzuführen.

11.09.2007 + 19.06.2007 (Rat)	A/0368/007 + A/0259/007 Rat + A/0282/007 Rat	Aufarbeitung der Auswirkungen des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz) + Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz) (Rat)	Die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt fließen in die Haushaltsplanberatungen ein und sind insofern umgesetzt. Durch die Revision des KiBiz in 2011 haben sich erneut Veränderungen ergeben. Eine zweite Stufe der Revision hat das Land bereits angekündigt. Die Verwaltung schlägt daher vor, nicht mehr im Vergleich der Daten von GTK zu KiBiz zu berichten, sondern nach Abschluss der gesetzlichen Veränderungen dann zu berichten. Dieser Auftrag ist damit als erledigt anzusehen. Im Rahmen des Programms „Geld oder Stelle“ wurden für die Kölner Schulen mit Sekundarbereich I bezogen auf das Schuljahr 2011/2012 2.861.900 Euro Landesmittel bewilligt.
16.03.2004 + 24.06.2004 (Rat)	0288/004 + 0393/004 + 0295/002 + Rat: 0801/004 + 0931/004	Förder- und Betreuungsangebote für 10 – bis 14 jährige + Initiative zur Schwerpunktförderung im Jugendhilfebereich	
29.03.2011	AN/0751/2011	Streetworkerstellen im Rechtsrheinischen umsetzen	Die vakanten Stellen der Koordination und eines Streetworkers für das rechtsrheinische Stadtgebiet konnten nach Ablauf der Wiederbesetzungssperre der Stadt Köln zum 01.07.2011 und 16.09.2011 besetzt werden. Die Gesundheitsverwaltung hat eine Unbedenklichkeitsliste erstellt, die für Beschaffungen von Spielzeug und Einrichtungsgegenständen im Kita- und Schulbereich verwendet wird. Einzelheiten wurden dem Gesundheitsausschuss und dem Jugendhilfeausschuss am 04.10.2011 und dem Ausschuss Allgem. Verwaltung und Rechtsfragen am 10.11.2011 mitgeteilt.
29.03.2011	AN/0714/2011	Positivliste für Mobiliar und Spielsachen in Kindertageseinrichtungen und Schulen	Die Homepage der Stadt Köln wurde um die gewünschten Informationen erweitert: hier der entsprechende Link: www.stadt-koeln.de/3/gesundheits-und-umwelthygiene/umwelthygiene/09422 Allerdings können nicht alle Spielzeuge, Möbel und Ausstattungen die die betreffenden Substanzen enthalten, sofort ersetzt werden. Die vom Gesundheitsamt erstellten Kriterien gelten für Neuanschaffungen. Laufende Rahmenverträge mit Lieferanten können nicht nachträglich angepasst werden, jedoch besteht weitgehend die Bereitschaft der Lieferanten zur Selbstverpflichtung. Die Angelegenheit ist erledigt.

17.05.2011	AN/0747/2011	Anscheinswaffen	Im Auftrag des Oberbürgermeisters hat die Verwaltung am 13.07.2011 eine Resolution für ein Verbot sogenannter „Anscheinswaffen“ an die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel gesandt mit der Bitte, sich für eine Änderung des Waffengesetzes im Sinne dieser Resolution einzusetzen. Die Durchschrift der Resolution wurde den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zur Kenntnis gegeben. Im Februar 2011 informierte das Amt für Kinder, Jugend und Familie Kölner Jugendeinrichtungen, Jugendprojekte und alle Schulen im Sek I Bereich durch die Versendung aufklärender Informationsmaterialien –„Arbeitsheft Waffenrecht“. Zusätzlich fanden 2011 für Fachkräfte aus der Jugendarbeit dreitägige Schulungsmaßnahmen zum Thema „Konfrontative Pädagogik und jugendspezifische Waffen“ statt. Im Innenausschuss des Landtags NRW wurde das Thema Waffenrecht bereits 2008 kontrovers diskutiert. Das Waffenrecht ist Gegenstand der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes. Insofern sind Gesetzesänderungen des Bundes nur über den Bundestag oder durch die Landesregierung über den Bundesrat möglich. Eine weitere Hürde zur Einschränkung des Waffenrechts sind darüber hinaus europarechtliche Vorgaben. Die Toilettenanlage befindet sich auf dem Grundstück der HGK. Die Gesellschaft wurde um Prüfung gebeten, ob eine erweiterte Öffnungszeit bis 22 Uhr am Abend sowie eine Öffnung in den Wintermonaten ermöglicht werden können.
08.11.2011	AN/1995/2011	Toilette am Skaterpark Rheinauhafen	

Gremium:
Rat)

27.03.2007

A/0145/007 +
A/0147/007

Bekämpfung der
Jugendkriminalität in Köln

Das Projekt „Steuerung und Intervention durch Streetwork“ wird in Kooperation zwischen der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln und der Stadt Köln umgesetzt. Einsätze zu besonderen Anlässen

Im Jahr 2011 fanden erneut mobile Einsätze an Weiberfastnacht und am 11.11. in der Altstadt, Rheinufer und Dom statt.

Aufgrund vermehrter Bedarfsmeldungen aus den Bezirken von Seiten der Jugendpflegen und der Polizei wurde der mobile Einsatz erstmalig auf die neun Kölner Stadtbezirke ausgeweitet. In den neun Kölner Stadtbezirken wurden jeweils ein Team/zwei Fachkräfte eingesetzt, die durch Polizei, Ordnungsamt und Jugendpflege vorab gemeldeten Einsatzorte aufsuchten.

Beobachtet werden konnte, dass das Zusammentreffen der Jugendlichen an informellen Treffpunkten dazu genutzt wurde, sich in den frühen Mittagszeiten in Richtung Rheinufer/Altstadt zu bewegen. Dabei wurde festgestellt, dass das Aufkommen von jungen Menschen in Bezirken angrenzend zur Innenstadt, in einer höheren Anzahl frequentiert wurde als weiter entlegene Außenbezirke. Der Zustrom von Jugendlichen konzentrierte sich ausschließlich auf den Bereich Innenstadt/Rheinufer.

Aggressives und delinquentes Verhalten sowie stark Alkohol konsumierende Jugendliche konnten kaum beobachtet werden. Eine Ausweitung von Streetwork auf die Stadtbezirke erfolgt daher nicht für Weiberfastnacht 2012.

Generell erwies sich die Aufstockung von 8 auf zusätzliche 36 Fachkräfte, in Kooperation mit den Trägern sozialer Arbeit, als optimale Voraussetzung für einen gut strukturierten Einsatz. Durch wesentlich mehr Teams, die mobil in den Bezirken als auch am Rheinufer, Altstadt und Hauptbahnhof Präsenz zeigten, wurden wesentlich mehr Jugendliche erreicht als in den vergangenen Jahren. Ein hoher Bekanntheitsgrad bei Jugendlichen erweist sich als hilfreich, erleichtert die Ansprache und ermöglicht erfolgreiche Intervention. Die Kooperation mit dem Ordnungsamt, der Polizei und den Rettungsdiensten verlief, wie in der Vergangenheit, konstruktiv und reibungslos.

Eine Erkenntnis aus dem Einsatz 2011 war, dass die zusätzlichen personellen Ressourcen für den Einsatz in der Innenstadt genutzt werden sollten. Aufgrund der jährlichen Situation am Rheinufer und der größeren Ansammlung junger Menschen im Bereich der Innenstadt, ist dort unverändert ein erhöhter Bedarf an mobilen Einsatzkräften notwendig.

Evaluation des Projektes „Steuerung und Intervention durch Streetwork“

Aufgrund der Befristung des Projektes Streetwork bis zum 31.12.2012 und der

Beschlussfassung des Rates über die Notwendigkeit einer externen Evaluation als Grundlage für die Entscheidung über die Weiterverlängerung des Projektes im Sommer 2012, wird das Projekt derzeit durch das Kompetenzzentrum Soziale Dienste evaluiert. Die Evaluation wird im Zeitraum 01.11.2011 bis 31.03.2012 durchgeführt und mit einem Abschlussbericht abgeschlossen.

Beschreibung der geplanten Evaluation

Der "Öffentliche Raum" scheint immer mehr Reglementierungen zu erfahren. Öffentliche Plätze haben zunehmend repräsentative Funktion – wie die Nutzung des öffentlichen Raumes gestaltet werden soll, wird kontrovers diskutiert. Probleme im "Öffentlichen Raum" werden meist Jugendlichen und jungen Erwachsenen zugeschrieben. Wie kann eine Kommune auf die Problematik reagieren? Welche Rolle spielt dabei Mobile Jugendarbeit in Köln? Wie ist eine Kooperation zwischen den einzelnen verantwortlichen Institutionen wie Polizei, Ordnungsamt und Jugendamt sinnvoll? Jugendliche sind im öffentlichen Raum Fremd- und Eigengefährdungen ausgesetzt. Straßenraub unter anderem sogenanntes „abziehen“ ist eine der häufigsten Straftaten innerhalb von Jugendlichen. Schwere Körperverletzungen und Vandalismus sind weitere Phänomene denen man im öffentlichen Raum begegnet an denen Jugendliche beteiligt sind.

Im Rahmen des Projektes „Steuerung und Intervention durch Streetwork“ soll die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern evaluiert werden. Ein unabhängiges Institut soll die Evaluation unterstützen. Von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln soll von dem begleitenden Institut anhand eines Workshops eine genaue Zielführung entwickelt werden. Standardisierte Fragebögen sollen an die Kooperationspartner ausgegeben werden.

Wesentliche Kooperationspartner sind: Ordnungsamt, Polizei, Jugendzentren, Bezirksjugendämter, Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung – Spielplatzangelegenheiten, Bezirksjugendpflegerinnen und Bezirksjugendpfleger, Schulen, Kölner Verkehrs-Betriebe.

Das Evaluationsvorhaben ist als offene Evaluation vorgesehen, d.h. die Ergebnisse werden der Fachöffentlichkeit und der Politik zur Verfügung gestellt. Das Evaluationsvorhaben hat innovativen Charakter, in dem es um Entwicklungsimpulse für die Praxis und deren systematische Darstellung geht. Mit dem evaluierenden Institut wird auf der Basis einer Zielvereinbarung eine Ausgangserhebung durchgeführt. Daraufhin werden Maßnahmen geplant mit denen die Ziele erreicht werden sollen. Anschließend müssen Messinstrumente/ Beurteilungskriterien entwickelt werden, mit denen man überprüfen kann, ob die Maßnahmen zum Erfolg geführt haben.

Gegenstand der Untersuchung soll sein:

- Ist das Kölner Modell – der flexible bedarfsgerechte Einsatz von Streetwork wirkungsvoll im Sinne der Zielsetzung: Vermeidung von Delinquenz?
 - Gelingt es Bindung zu Jugendlichen aufzubauen und zu erhalten trotz Wechsels von Einsatzorten?
 - Sind die zentralen Abstimmungen (Schnittstellenvereinbarungen) mit den Kooperationspartnern vor Ort erfolgreich und bestehen sie den Praxistest?
- In dem Handlungskonzept gegen die Folgen von Kinderarmut sind verschiedene Handlungsfelder beschrieben, mit denen bestehende Maßnahmen ausgebaut, nachhaltig zu gestalten und weitere Maßnahmen zu entwickeln sind. Zielsetzung ist die Weiterentwicklung einer Präventionskette, die Kinder und Jugendliche von Geburt an fördert und begleitet und damit positive Zukunftschancen eröffnet.
- Die Angebote in den Handlungsfeldern wurden inzwischen weiterentwickelt, zum Beispiel:

- Betreuungsangebote in Kindertagesstätten und Grundschulen:
Die Versorgungsquote der unter 3-jährigen Kinder wird bis zum Ende des Kindergartenjahres bei rund 30% liegen.
Die Betreuungsquote im Rahmen der Offenen Ganztagschule beträgt 64%.
- Ausbau Ganztagschulen:
Rund 59% der Fünftklässler besuchen im Schuljahr 2011/12 den Ganztag in weiterführenden Schulen. In den nächsten Jahren soll der Ganztag an den weiterführenden Schulen weiter ausgebaut werden, und ähnlich wie der offene Ganztag im Primarbereich, perspektivisch an allen Schulen angeboten werden.
Für die nächsten Schuljahre hat der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 20.12.2011, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln, die Einführung von gebundenem Ganztag an 5 weiteren Schulen zum Schuljahr 2012/2013 bzw. 2013/2014 beschlossen.

Schulsozialarbeit:

Das Angebot Schulsozialarbeit wurde erheblich ausgebaut. Zuletzt konnte im Jahr 2011 über das Bildungspaket mit insgesamt 87 Stellen das Angebot an den Grundschulen, Förderschulen und Berufskollegs ausgebaut werden, einige Realschulen und Gymnasien konnten erstmals berücksichtigt werden. Die Stellen wurden auf der Grundlage eines Indexwertes „soziale Belastung“ verteilt sowie danach, ob die Schulen Angebote für Seiteneinsteiger oder GU vorhalten.

Mit Beschluss vom 22.02.2011 beauftragte der Jugendhilfeausschuss die Verwaltung mit der Bereitstellung von Räumlichkeiten für attraktive, bedarfsgerechte Jugendangebote im Zentrum der Bildungslandschaft (AN/0223/2011). Die weitere Berichterstattung erfolgt unter dieser Nummer.

Am 23.06.2008 fand die Vertragsunterzeichnung mit dem Land NRW zur Weiterentwicklung der regionalen Bildungslandschaft statt. Die Wirkungsziele und

08.11.2007

AN/1298/2007 +
AN/1361/2007 +
AN/1391/2007

„2007-Europäisches Jahr der
Chancengleichheit“ –
Handlungskonzept gegen die
Folgen der Kinderarmut in
Köln

29.05.2008
JHA und Ausschuss für
Schule und
Weiterbildung
29.07.2008,
29.05.2008

AN/0993/2008 +
AN/1127/2008

Neuordnung der
Bildungslandschaft
Finkenbergr

5466/2007 +
1135/2008

Gesamtkonzept zur
Entwicklung einer regionalen

JHA und Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Schullandschaft/Kooperationsvertrag zwischen dem Land NRW und der Stadt Köln zur Durchführung der Weiterentwicklung der regionalen Bildungslandschaft Köln	Handlungsfelder aus dem Gesamtkonzept „Strategische Planung der Regionalen Schullandschaft Köln (RSK)“ sind voll umfänglich in den Kooperationsvertrag mit dem Land eingeflossen und werden in diesem Rahmen verfolgt. Der im Kooperationsvertrag zur strategischen Umsetzung der weiteren Entwicklung vorgesehene Lenkungsreis hat sich am 02.09.2008 konstituiert und tagt z. Zt. 4-mal/Jahr. Der Lenkungskreis befasst sich auf der strategischen Ebene mit der Überarbeitung und Konkretisierung der Wirkungsziele aus dem Gesamtkonzept RSK sowie mit der Auswertung der Ergebnisse der Regionalen Bildungskonferenzen. Die – ebenfalls im Kooperationsvertrag vorgesehene – Regionale Bildungskonferenz hat mit den wesentlichen Akteuren im Bereich Bildung am 31.05.2009, 16.11.2009 und gemeinsam mit „Lernen vor Ort“ und Lernende Region-Netzwerk Köln am 02.12.2010 stattgefunden. Eines der Ziele der Strategischen Planung der regionalen Schullandschaft Köln ist, möglichst alle Kölner Schulen für eine verstärkte schul- und schulförmübergreifende Zusammenarbeit zu gewinnen und Kontakte zwischen den Akteuren einer Kölner Schul- und Bildungslandschaft aufzubauen. Im Rahmen des Modellprojekts „Selbstständige Schule“ wurden in der Kölner Schullandschaft bereits acht Unterregionen mit den 84 am Modellvorhaben teilnehmenden Schulen gebildet, die schulförmübergreifend die Themen • Individuelle Förderung • Übergänge zwischen Schulen und Schulformen • Fächerübergreifende Kompetenzen bearbeiten. Der Fokus liegt darauf, über die Vernetzung der verschiedenen Schulformen ein stadtteil- bzw. sozialräumlich orientiertes Bildungskonzept zu forcieren. Die schulischen Netzwerke sind keine statische Einheit, sondern befinden sich im ständigen Entwicklungsprozess, mit dem konkreten Ziel weitere Schulen in die Arbeit einzubeziehen. Die unterregionalen Absprachen und Konzeptentwicklungen werden durch den stadtweiten Austausch der Unterregionen und Vernetzung mit noch nicht beteiligten Schulen ausgeweitet, zur Zeit arbeiten ca. 130 Schulen in den Unterregionen mit.
--	--	---

05.05.2009	AN/0704/2009	Mittagessenangebot in städtischen Kindertageseinrichtungen	Ist inhaltlich erledigt durch die inzwischen umgesetzte Thematik „Hauswirtschaftliche Ergänzungskräfte“.
30.06.2009	An/1216/2009	Erstattung der Elternbeiträge für nicht betreute Kinder während des Kita-Streiks	Mit Ratsbeschluss vom 30.06.2009 umgesetzt und somit erledigt.